

Krieg und das Streben nach Sicherheit: Zur Begründung des Krieges im politischen Realismus

Max Mutschler

Bernhard Taureck legt in seinem Text *Drei Wurzeln des Krieges, und warum nur eine nicht ins Verderben führt* eine „synthetische“ Kriegsdefinition vor:¹ „Krieg bezeichnet eine ruhmreiche kollektive Erbeutungsaktion, die zusätzlich als Notwendigkeit deklariert wird und die auf einer Illusion letztllicher, infolge Krieg zu erreichender Vorteile beruht“ (in diesem Band, S. 26). Dies ist jedoch weit mehr als eine bloße Definition des Phänomens Krieg. Vielmehr präsentiert Taureck damit eine These über den Ursprung des Krieges oder zumindest über die Motivation der (kollektiven) Akteure zur Kriegführung. Diese liegt gemäß Taurecks Definition primär in der ruhmreichen Erbeutungsaktion. Denn die ebenfalls in der Definition erwähnte „Notwendigkeit“ und die „Vorteile“ des Krieges erscheinen nicht als gleichwertige Wurzeln des Krieges. Als *Deklaration* der Notwendigkeit und *Illusion* über die Vorteile des Krieges wird ihnen gewissermaßen ein sekundärer Rang zugewiesen. Taureck selbst spricht von drei konzentrischen Kreisen mit der Erbeutungsaktion im Zentrum. Ausgangspunkt des Krieges ist demnach also der Wille zum Beutemachen. Damit aber größere Kollektive tatsächlich zur kriegerischen Gewalt bereit sind, muss dieses Motiv verschleiert werden. Vor allem muss der Krieg erfolgreich als Akt der Selbstverteidigung im nationalen Interesse (wobei die Nation auch durch andere Kollektive ersetzt werden kann) präsentiert werden.

Im Folgenden werde ich mich vor allem mit dieser zentralen These Taurecks auseinandersetzen. Ich möchte dabei aufzuzeigen, dass Taureck zwar einen sehr wichtigen Punkt macht, wenn er die Begründung des Krieges durch die Deklaration seiner Notwendigkeit kritisch hinterfragt. Mit seiner Kriegsdefinition läuft er aber auch Gefahr, den Blick zu schnell auf die überwiegend ökonomische Dimension, das Beutemachen, zu ver-

1 Ich danke Stella Hauk und Thomas Nielebock für wertvolle Hinweise und Kommentare.

<https://doi.org/10.5771/9783748910909-83>

Generiert durch IP '3.141.19.127', am 24.07.2024, 01:20:52.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

engen und darüber andere Aspekte zu unterschätzen. Gerade die Denkschule des politischen Realismus hat unter Bezug auf Thukydides, auf den auch Taureck sich stützt, eine Argumentation entwickelt, die den Krieg nicht primär als Beutemachen, sondern aus dem Streben nach Sicherheit heraus erklärt. Eine solche Argumentation ist nicht identisch mit der von Taureck zu Recht kritisierten, letztendlich doch recht eindimensionalen aber gängigen Interpretation von Heraklits Diktum, wonach der Krieg notwendig sei, weil er als Vater aller Dinge das Sein der Menschen bestimmt. Demnach führen nicht die Menschen den Krieg, sondern der Krieg die Menschen.

Es ist sehr verdienstvoll, dass Taureck diese Interpretation von Heraklits Kriegsfragment auseinandernimmt und ihr eine weitaus weniger kriegerische Alternative gegenüberstellt. Diesbezüglich sticht sein Argument von der bloßen Deklaration der Notwendigkeit des Krieges. Der politische Realismus allerdings argumentiert anders und wesentlich komplexer. Ihm zu Folge sind es durchaus die Menschen, die Kriege führen und die sich auch dafür entscheiden können, es zu unterlassen – etwa wenn beide Seiten sich durch ihre militärische Macht wechselseitig davon abschrecken. Der Krieg ist zwar ein gängiger Modus, um Konflikte zwischen Staaten auszutragen; es gibt aber keinen Determinismus hin zum Krieg. Die Menschen müssen ihre Entscheidungen über Krieg und Frieden angesichts bestimmter struktureller Faktoren treffen. Da es keine Sanktionsinstanz über den Staaten selbst gibt, die ihre Sicherheit garantieren kann, können letztere sich nur selbst helfen und dafür auf den Primat der Machtpolitik vertrauen. Ich bin kein Anhänger dieser Denkschule und werde aufzeigen, warum auch sie zu kurz greift. Gleichwohl aber sollten die Überlegungen des Realismus sehr ernst genommen werden – um in der Auseinandersetzung mit ihnen Wege zur Überwindung des Primats der Machtpolitik, oder zumindest zu dessen Einhegung, zu finden. Letzteres ist insbesondere der konkurrierenden Denkschule des Institutionalismus gelungen. Folgt man allein der Kriegsdefinition Taurecks, könnte man diese Wurzel des Krieges – das Streben von menschlichen Kollektiven nach Sicherheit – und damit auch die damit zusammenhängenden Friedensstrategien übersehen. Bevor ich diese Punkte näher ausführe, will ich aber noch auf Taurecks Überlegung, wie Kriege verhindert werden können und in diesem Zusammenhang auch noch einmal genauer auf seine Ausführungen zu Heraklit eingehen.

1. Der Krieg als Vater aller Dinge?

In seinem Text fragt Taureck auch nach Wegen, wie Krieg verhindert bzw. überwunden werden kann. Er setzt dafür vor allem auf eine Strategie der „kognitiven Desillusionierung“ (S. 53). Vor allem die vermeintliche Notwendigkeit des Krieges und seine Vorteile müssten als die Illusion entlarvt werden, die sie sind. Dass es richtig und auch friedenspolitisch sinnvoll ist, die Lügen und Täuschungsmanöver derer aufzudecken, die den Krieg aus eigennützligen Motiven wünschen (hier kann man in der Tat an das Beutemachen denken), steht außer Frage. Darüber hinaus scheint es mir ebenfalls eine wichtige Rolle zu spielen, sich kritisch mit denjenigen Philosophen (und ihren Interpretationen) auseinanderzusetzen, die den Krieg als vorteilhaft preisen oder ihn als notwendig rechtfertigen.

Deshalb ist Taurecks Dekonstruktion der gängigen Heraklit-Interpretation vom Krieg als Vater aller Dinge sehr verdienstvoll. Heraklit wird, wie Taureck darlegt, gerne so gedeutet, dass es nicht die Menschen sind, die Krieg führen, sondern umgekehrt; dass der Krieg, quasi gott- oder naturgegeben, das Sein der Menschen bestimmt.² Die Konsequenz einer solchen Heraklit-Interpretation für die praktische Politik liegt auf der Hand. Wenn sich die Menschheit permanent in einem kriegerischen Naturzustand befindet, aus dem sie nicht entkommen kann, so bleibt dem weisen politischen Führer nur der Primat der rücksichtslosen und zwangsweise auch kriegerischen Machtpolitik. Heraklit erscheint dann als der düstere, noch pessimistischere Vordenker von Machiavelli oder Hobbes.

Taureck aber liefert eine alternative, weitaus weniger kriegerische Heraklit-Interpretation. Demnach ist Heraklit nicht so zu verstehen, dass der Krieg als solcher notwendig und unvermeidbar sei, sondern dass die Menschen seiner Notwendigkeit unterliegen, *wenn* sie sich auf den Krieg einlassen. Den Menschen steht es also durchaus frei, einen Krieg zu beginnen – oder dies eben nicht zu tun. Aber der Krieg, erst einmal entfesselt, hat seine eigene Gesetzmäßigkeit, welche die Menschen dann nicht mehr beherrschen können. Eine Aussage, der übrigens auch Clausewitz sofort zugestimmt hätte, sah er doch den Krieg stark als ein von Zufällen und Unabwägbarkeiten geprägtes Unterfangen.³

2 Vgl. die Diskussion bei Taureck S. 36 ff.

3 Carl v. Clausewitz, *Vom Kriege* [1832], Hamburg 2014; siehe vor allem die Ausführungen im ersten Kapitel des Ersten Buches (Über die Natur des Krieges).

Mit Taurecks Heraklit-Interpretation wird nun der Krieg vom Vater aller Dinge zur „Ausnahmelösung von Konflikten“ (S. 39) heruntergestutzt. Diese Unterscheidung zwischen Konflikt und Krieg ist wichtig. Nicht alle Konflikte, selbst wenn sich die Konfliktparteien nicht gütlich einig werden, enden mit Krieg. Es gibt Alternativen zum Krieg. So einfach und klar formuliert mag diese Feststellung trivial klingen. Sie ist aber wichtig in philosophischen und politischen Diskursen, in denen Prämissen der Notwendigkeit und Allgegenwärtigkeit von Krieg immer noch eine große Rolle spielen.

2. Das Streben nach Sicherheit als Wurzel des Krieges

Allerdings greift die Kriegsdefinition von Taureck zu kurz, indem sie nur die ruhmreiche Erbeutung als Motivation zum Krieg wirklich ernst nimmt. Taureck bezieht sich unter anderem auf den Melier Dialog bei Thukydides, der für ihn eine „Anatomie eines Raubkrieges“ aufzeigt (S. 27). Hauptmotiv der Athener für die Unterwerfung (und letztendlich Vernichtung) der Melier sei es gewesen, Beute zu machen. Die von den Athenern vorgebrachte sicherheitspolitische Begründung (wir werden später noch genauer auf sie zurückkommen) – Taureck spricht von einem „Logos der Stärke“ – sieht er nur als „Pseudo-Logos“, der dazu dient, das wahre Motiv zu verschleiern und somit die Gewalt zu legitimieren (S. 28).

Krieg als Beutemachen – mit dieser These ist Taureck bei weitem nicht allein. Auch die Imperialismustheorien des frühen 20. Jahrhunderts sahen, neben anderen Faktoren, in der Ausbeutung der Kolonien ein zentrales Motiv für die Kriege der imperialistischen Mächte (nicht zuletzt auch für diejenigen Kriege, die sie untereinander führten).⁴ Aber auch jenseits dieser Denkrichtung verorten zahlreiche Arbeiten die Ursachen des Krieges primär in den ökonomischen Motiven von Akteuren, die von Kriegen als „Gewaltmärkten“ profitieren möchten.⁵ Nicht zuletzt in der Debatte um

4 Für einen Überblick, siehe Michael Heinrich, „Imperialismustheorie“, in: Siegfried Schieder, Manuela Spindler (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen 2003, S. 279–307.

5 Zum Konzept des Gewaltmarktes siehe Georg Elwert, „Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt“, in: Trutz v. Trotha (Hg.), *Soziologie der Gewalt*. Sonderheft 37 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen 1997, S. 86–101 <https://doi.org/10.5771/9783748910909-83>

die „neuen Kriege“ spielte dieses Erklärungsmuster eine Rolle.⁶ Demnach haben im Zuge einer Entstaatlichung des Krieges nicht-staatliche Gewaltakteure (*Warlords*, Söldnertruppen etc.) an Bedeutung gewonnen und die Gewalt zum eigenen Profit, zum Beispiel durch die Kontrolle über wertvolle Bodenschätze oder den Drogenhandel, privatisiert.

Aber so wichtig es ist, bei der Analyse von Krieg und Gewalt auch auf diese ökonomische Perspektive einzugehen, besteht hier auch die Gefahr einer vorschnellen Verengung bei der Suche nach den Wurzeln des Krieges. So wurden etwa die Arbeiten zu den „neuen Kriegen“ auch dafür kritisiert, dass sie zu viel Gewicht auf die ökonomische Erklärung von Gewalt legen und darüber die politischen Faktoren, wie etwa die teilweise auch legitimen politischen Interessen von Rebellengruppen, außer Acht lassen.⁷ Auch Taureck läuft Gefahr, dass er seinen Blick auf den Krieg mit dem Beutemachen im Zentrum zu stark auf rein ökonomische Motive fokussiert und dabei anderen Faktoren zu wenig Gewicht einräumt. Das gilt aus meiner Sicht vor allem für die sicherheitspolitischen Ursachen von Kriegen, welche bei Taureck nur die Rolle eines Vorwandes für die Anwendung kriegerischer Gewalt spielen.

Schauen wir unter diesem Gesichtspunkt noch einmal auf den Melier-Dialog bei Thukydides, auf den Taureck Bezug nimmt, wenn er den von den Athenern vertretenen „Logos der Stärke“ vermeintlich als „Pseudo-Logos“ entlarvt, der ihnen nur dazu dient, einen Raubkrieg gegen Melos zu legitimieren. Denn der Melier-Dialog lässt sich auch als Lehrstück des politischen Realismus lesen. Gemeint ist damit die sogenannte realistische Denkschule der Internationalen Beziehungen.⁸ Nach dieser Denkschule ist Anarchie das zentrale Strukturmerkmal des internationalen Systems. Es existiert keine Instanz über den Staaten (wie schon gesagt: wir können die Staaten auch durch andere Kollektive, wie etwa den Attischen Seebund oder die freie Stadt Melos ersetzen), die für ihre Sicherheit sorgen kann; sie können nur auf Selbst-Hilfe vertrauen. Daraus folgt ein Primat der

6 Mary Kaldor, *New & Old Wars: Organized Violence in a Global Era*, Stanford 1999; Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Berlin 2002.

7 Siehe zum Beispiel Klaus Schlichte, „Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen“, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9 (2002), S. 113–137.

8 Maßgebende Arbeiten dieser Denkschule sind insbesondere Henry J. Morgenthau, *Politics Among Nations: The Struggle for Power and Peace*, New York 1948; und für den späteren, sog. Neorealismus Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics*, Reading/Mass. 1979 <https://doi.org/10.5771/9783748910909-83>

Machtpolitik: Sicherheit ist am besten dadurch zu erreichen, dass sich ein Staat mit Machtmitteln (Rüstung, Allianzen u. a.) versieht und diese, wenn nötig, auch ohne Rücksicht einsetzt.⁹

Verfahren die Athener nicht genau auf diese Weise mit den Meliern? Sie wollen die freie Stadt Melos mit der Androhung von Gewalt in den Attischen Seebund zwingen. Dies geschieht auch, wie Taureck richtigerweise feststellt, um die Melier so tributpflichtig zu machen. Dies ist allerdings nicht das einzige und vielleicht noch nicht einmal das stärkste Motiv der Athener. Es lässt sich ebenso argumentieren, dass die Athener dadurch vor allem ihre Machtposition gegenüber ihren machtpolitischen Kontrahenten, den Spartanern, ausbauen wollten. Insbesondere zielten sie darauf ab, den Spartanern zuvorzukommen und zu verhindern, dass das einst von den Spartanern gegründete Melos sich auf deren Seite schlagen könnte. Folgender Passus aus dem Melier-Dialog gibt dies wider und lässt erkennen, warum Thukydides zum Kronzeugen des Realismus geworden ist. So belehren die Athener die Melier:

Wir allerdings gedenken unsererseits nicht mit schönen Worten – etwa als Besieger der Perser seien wir zur Herrschaft berechtigt oder wir müßten erlittenes Unrecht jetzt vergelten – endlose und unglaubhafte Reden euch vorzutragen, noch dürft ihr meinen uns zu überreden, wenn ihr sagt, Abkömmlinge Spartas, hättet ihr doch keine Heeresfolge geleistet oder ihr hättet uns nichts zuleide getan; sondern das Mögliche sucht zu erreichen nach unser beider wahren Gedanken, da ihr so gut wißt wie wir, dass im menschlichen Verhältnis Recht gilt bei Gleichheit der Kräfte, doch das Mögliche der Überlegene durchsetzt, der Schwache hinnimmt.¹⁰

Bei diesem Logos der Stärke/Macht handelt es sich meiner Ansicht nach nicht zwangsläufig um einen Vorwand, der nur das wahre Motiv des Beutemachens verschleiern soll. Vielmehr haben die Realisten durchaus plausible Argumente geliefert, warum wir die Suche nach Sicherheit durch Machtstreben als Kriegsursache sehr ernst nehmen sollten. Zentral ist hier die Idee des Sicherheitsdilemmas.¹¹ Demnach resultieren Kriege aus der

9 In der offensiven Variante des Neorealismus streben die Staaten sogar danach, ihre relative Machtposition zu maximieren. In der defensiven Variante wollen sie primär ihre Sicherheit maximieren. Für die offensive Variante steht vor allem John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001; für die defensive hingegen Waltz, *Theory of International Politics*.

10 Thukydides, *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* [um 400 v. Chr.], Zürich 1960, Buch V, § 89.

11 John H. Herz, *Political Realism and Political Idealism*, Chicago 1951.

Generiert durch IP '3.141.19.127', am 24.07.2024, 01:20:52.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

oben bereits beschriebenen, anarchischen Struktur des internationalen Systems. Da eine zentrale Ordnungs- und Sanktionsinstanz fehlt, ist es für jeden Staat im Grunde erst einmal rational, die eigene Macht zu stärken, um sich so sicherer zu machen. Dieses Streben nach Sicherheit kann durchaus auch in der Angst wurzeln, von anderen Kollektiven des Beutemachens wegen überfallen zu werden. Dass dieses Motiv eine Rolle spielt bestreite ich nicht. Das Dilemma liegt nun aber darin, dass ein Staat, der seine Macht ausbaut, dadurch andere Staaten in ihrer relativen Machtposition schwächt und somit unsicherer macht. Das veranlasst diese wiederum, ebenfalls nach mehr Macht zu streben. So entstehen eine Abwärts-spirale aus sich wechselseitig verstärkendem Misstrauen und Anreize, vermeintlich günstige Gelegenheiten zu nutzen, um sich durch kriegerische Gewalt entscheidende Vorteile im Kampf ums Überleben zu sichern. Der Melier-Dialog lässt sich auch so lesen, als hätten die Athener genau nach dieser Überlegung gehandelt: wenn wir jetzt die Melier nicht auf unsere Seite ziehen können, dann müssen wir sie vernichten, damit ihre Machtressourcen nicht in die Hände der Spartaner fallen.

Freilich geht es hier nicht primär darum, ob dies nun wirklich einst die wahre Motivation der Athener war, oder ob nicht doch vielmehr die Aussicht auf Beute dahinter steckte. Es wäre ja auch nicht unplausibel zu vermuten, dass beide Motive eine Rolle gespielt haben. Aber das ist eine Frage für intensivere historische Untersuchungen. Hier geht es nur darum, zu zeigen, dass Taureck vielleicht etwas zu vorschnell ist, wenn er den macht- bzw. sicherheitspolitischen Motiven nur einen nachgeordneten Rang als Legitimationsstrategie einräumt.

Dies gilt auch für Taurecks Auseinandersetzung mit Hegel. Interessanterweise ordnet Taureck den philosophischen Idealisten Hegel als politischen bzw. politikwissenschaftlichen Realisten ein. Diese Einordnung erscheint auch zutreffend, kann Taureck doch zeigen, dass Hegel den Krieg als etwas betrachtet, das nicht vermeidbar ist, weil Konflikte zwischen Staaten ohne beidseitiges Einvernehmen nur durch Krieg entschieden werden (siehe die Diskussion bei Taureck, S. 34–36). Damit ist Hegel in der Tat sehr nah an der realistischen Argumentation, wonach die Anarchie des internationalen Systems den Krieg hervorbringt. Taurecks diesbezügliche Kritik an Hegel schießt dann aber über das Ziel hinaus. Er kritisiert, dass es keine Regel gäbe, die besagt, dass Differenzen zwischen Staaten am Ende allein durch Krieg ausgetragen werden können. Das ist natürlich völlig richtig und durch zahlreiche Beispiele friedlicher Streitbeilegung in der internationalen Politik belegt. Aber – so würden die Vertreter des Realis-

mus argumentieren¹² – es besteht eben durchaus die Möglichkeit, dass zwischenstaatliche Differenzen auch durch Krieg ausgetragen werden *könnten*. Und schon allein diese Unsicherheit genüge, um das Sicherheitsdilemma mit seiner destruktiven Wirkung in Gang zu setzen.

3. Wege zur Überwindung des Sicherheitsdilemmas

Diese Überlegungen des politischen Realismus zum Zusammenhang zwischen der Struktur des internationalen Systems, dem Streben nach Sicherheit und Krieg – ganz besonders der Primat der Machtpolitik – müssen kritisch hinterfragt werden. Sie sind hoch problematisch und es spricht einiges dafür, dass ihre Umsetzung in praktische Politik Konflikte eher eskaliert als stabilisiert. Eine gängige realistische These ist etwa, dass Machtgleichgewichte im Sinne wechselseitiger Abschreckung Krieg verhindern. Mit gewissen Einschränkungen (Stichwort: Stellvertreterkriege) mag dies vielleicht für den speziellen Fall des Kalten Krieges mit seiner Blockbildung gegolten haben. Allerdings hat die Forschung gezeigt, dass die konkreten Praktiken der Machtpolitik wie Allianzbildung und Aufrüstung das Risiko eines Kriegsausbruchs deutlich erhöhen.¹³ Etwas zugespitzt könnte man sagen, der Realismus kann zwar eine plausible Erklärung für die Entstehung von Kriegen liefern, scheitert aber daran, Wege zum Frieden aufzuzeigen und birgt sogar die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Aber dennoch sind seine grundlegenden Betrachtungen, vor allem zur Rolle des Sicherheitsdilemmas, ein wichtiger Ausgangspunkt bei der Suche nach den Wurzeln des Krieges und damit auch bei dessen Überwindung – oder zumindest dessen Einhegung, um die Ansprüche etwas bescheidener zu formulieren.

12 Auch Hegel könnte man an besagter Stelle so interpretieren. Schließlich schränkt er die Aussage, dass der Streit der Staaten nur durch Krieg entschieden werden kann, im selben Satz dadurch ein, dass dies nur gilt „[...] insofern die besonderen Willen [der Staaten] keine Übereinkunft finden [...]“, zitiert nach Taureck, *Drei Wurzeln*, S. 35.

13 John A. Vasquez, „Reexamining the Steps to War: New Evidence and Theoretical Insights“, in: Manus I. Midlarsky (Hg.), *Handbook of War Studies II*, Ann Arbor 2000, 371–406. <https://doi.org/10.5771/9783748910909-83>

Gerade in der Auseinandersetzung mit dem realistischen Denken hat sich die Denkschule des Institutionalismus entwickelt.¹⁴ Internationale Institutionen – so ihre Kernthese – können internationale Kooperation ermöglichen. Sie helfen, das Sicherheitsdilemma zu reduzieren und das Eskalationsrisiko von Konflikten zu minimieren. Das tun sie vor allem dadurch, indem sie auf Normen und Regeln basierende Verhaltensmuster begründen und im besten Falle auch Instanzen schaffen, um die Einhaltung der Regeln zu überwachen. Ein hervorragendes Beispiel hierfür sind die verschiedenen Rüstungskontrollregime, die vor allem ab den 1970er Jahren zur Begrenzung der Rüstungsdynamik zwischen den beiden Blöcken des Kalten Krieges geschaffen wurden. Diese Regime haben, wie etwa die nukleare Rüstungskontrolle zwischen den USA und der Sowjetunion, aber auch die konventionelle Rüstungskontrolle im Rahmen des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag von 1990), Obergrenzen für bestimmte Waffensysteme festgelegt und Verifikationsmechanismen geschaffen, um deren Einhaltung wirksam zu überprüfen. So konnte das Wettrüsten zwischen den Akteuren eingedämmt und wechselseitiges Vertrauen aufgebaut werden. Tatsächlich haben sich die beteiligten Staaten weitgehend an die Regeln gehalten. Aus der Raubkriegsperspektive, wie sie von Taureck vertreten wird, scheint das schwer zu erklären: warum sollte ein Kollektiv seine Macht selbst beschränken, wenn es doch damit auch seine Möglichkeiten, andere zu überfallen oder zu erpressen, einschränken würde? Aus einer Perspektive der Notwendigkeit, nicht von Krieg, aber von Sicherheit, macht ein solches Verhalten hingegen Sinn. Nämlich dann, wenn die beteiligten Akteure erkennen, dass sie im Falle allseitig fortgesetzter Aufrüstung letztendlich keinen Gewinn, sondern einen Verlust an Sicherheit erzielen.¹⁵

Die erfolgreiche Kooperation im Rahmen solcher Institutionen kann dann auch dazu beitragen, das Sicherheitsdilemma nicht nur abzuschwächen, sondern sogar zu überwinden. Erfolgreiche Kooperation hilft, Feind-

14 Gängig sind auch die Bezeichnungen rationalistischer/neoliberaler Institutionalismus oder Regimetheorie. Siehe etwa Robert O. Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton 1984; Volker Rittberger (Hg.), *International Regimes in East-West Politics*, London 1990.

15 Emanuel Adler hat dies für den Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle sehr überzeugend herausgearbeitet: Emmanuel Adler, „The Emergence of Cooperation. National Epistemic Communities and the International Evolution of the Idea of Nuclear Arms Control“, in: Peter M. Haas (Hg.), *Knowledge, Power, and International Policy Coordination*, Columbia, SC 1997, S. 101–145.

bilder ab- und Vertrauen aufzubauen und so Schritt für Schritt von der Feindschaft zu überwiegend kooperativen Beziehungen, im besten Fall sogar über die militärische Integration (gemeinsame Verteidigungsplanung) zur Sicherheitsgemeinschaft zu kommen.¹⁶ Wer behauptet, das sei Wunschdenken ohne empirisches Fundament möge sich die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen vom Zweiten Weltkrieg bis heute in Erinnerung rufen.

Wir sehen mit der Bildung internationaler und transnationaler Institutionen also eine weitere Option für Friedensstrategien. Eine Option, die man, geht man von Taurecks „synthetischer“ Kriegsdefinition aus, leicht übersieht, weil sich diese zu sehr auf das Beutemachen als zentrale Motivation zur Kriegführung fokussiert.

4. Schlussbetrachtung zur Definition von Krieg

Abschließend möchte ich die Frage aufwerfen, ob es nicht sowieso besser wäre, die Motivation der beteiligten Akteure und generell die Frage nach den Ursachen bei der Suche nach einer Kriegs-Definition außer Acht zu lassen. Schließlich ist Krieg ein solch komplexes soziales Phänomen, dass es wohl in den meisten Fällen schwer fallen dürfte, sie auf eine einzige Motivation oder Ursache zurückzuführen – ganz zu schweigen davon, diese dann auch noch wissenschaftlich nachzuweisen. Und selbst wenn dies in einzelnen Fällen gelänge, wäre es hoch problematisch, daraus auf eine allgemeingültige Kriegsursache zu schließen. Warum sollten wir eine Auswahl unter den Motiven treffen müssen, nur um dann eine Reihe von ansonsten plausiblen Fällen als Nicht-Krieg abzutun? Nur weil die Akteure einer anderen Motivation folgen? Um nicht missverstanden zu werden: ich halte die Frage nach den Kriegsursachen und damit zusammenhängend auch nach der Motivation der Akteure für äußerst wichtig; nicht zuletzt um daraus Möglichkeiten abzuleiten, wie sich Kriege verhindern oder beenden lassen. Gerade deswegen aber sollte die Antwort auf die Frage nach den Kriegsursachen nicht a priori durch unsere Definition von Krieg vorweggenommen werden.

Ich halte es für sinnvoller, bei der Definition von Krieg vom Phänomen der Gewalt und den konkreten Gewaltpraktiken der beteiligten Akteure

16 Harald Müller, „Von der Feindschaft zur Sicherheitsgemeinschaft – Eine neue Konzeption der Rüstungskontrolle“, in: Berthold Meyer (Hg.), *Eine Welt oder Chaos?*, Frankfurt/M. 1996, S. 399–428.

auszugehen. Aus meiner Sicht ist deshalb die kurze Kriegsdefinition, die Taureck ganz zu Anfang seines Textes vorlegt – Krieg als „Einsatz kollektiver Gewalt gegen kollektive Gewalt“ (S. 25) – als Ausgangspunkt für eine nähere Beschäftigung mit dem Krieg sehr viel besser geeignet, als die gleich darauf präsentierte, synthetische Kriegsdefinition. Krieg als Einsatz kollektiver Gewalt gegen kollektive Gewalt – das ist in der Tat eine sehr elegante Definition für Krieg. Sie hat außerdem den Vorteil, dass sie den Krieg von einer Reihe von anderen Gewalt-Phänomenen abgrenzt, bei denen die Gewalt einseitig ausgeübt wird: so zum Beispiel bei Genoziden, Massakern an Wehrlosen oder auch bei terroristischen Anschlägen. In diesen Fällen handelt es sich, mit Ausnahme von terroristischen Einzeltätern, ebenfalls um organisierte, aber eben einseitige Gewalt.¹⁷ Wie schon Clausewitz anmerkte: der Krieg beginnt nicht mit dem Angriff, sondern erst mit der Verteidigung, weil es erst dann tatsächlich zum Kampf kommt.¹⁸ Hierzu eine Anmerkung am Rande: Blickt man aus dieser Perspektive auf den vielbeschworenen und auch von Taureck kurz erwähnten „war on terror“, so muss man feststellen, dass dieser dann, wenn er sich auf das bloße Töten vermeintlicher Terroristen mittels Drohnen- oder andersartiger Luftschläge aus der Distanz beschränkt, ebenso wenig als Krieg klassifiziert werden kann, wie ein terroristischer Akt. Zutreffender wäre dafür wohl die Bezeichnung „Menschenjagd“.¹⁹

Mit der Definition vom Krieg als kollektive Gewalt gegen kollektive Gewalt ist Taureck also gar nicht so weit von Clausewitz entfernt. Beide betonen explizit und sinnvollerweise den Zweikampfcharakter des Krieges. Wo sich Taureck jedoch scharf von Clausewitz abgrenzt, ist beim Zusammenhang zwischen Politik und Krieg. Clausewitz' berühmtem Diktum vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln hält er entgegen, dass dies unzutreffend sei, „[...] weil Kriege, indem sie das Unerlaubte legalisieren, Ausdruck von gescheiterter Politik darstellen“ (S. 26). Unter normativen Gesichtspunkten ist ein solches Politikverständnis im Sinne von Dolf Sternberger – Frieden als Norm und Ziel der Politik – ver-

17 Zu den unterschiedlichen Typen organisierter Gewalt, siehe Martin Shaw, „Conceptual and Theoretical Frameworks for Organised Violence“, in: *International Journal of Conflict and Violence* 3 (2009), S. 97–106.

18 Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 429 f.

19 Gregoire Chamayou, „The Manhunt Doctrine“, in: *Radical Philosophy* 169 (2011), S. 2–6.

<https://doi.org/10.5771/9783748910909-83>

Generiert durch IP '3.141.19.127', am 24.07.2024, 01:20:52.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ständig.²⁰ Aber steckt in einer solchen Betrachtung von Politik nicht auch etwas Verklärendes? Politik als gewaltlose Aushandlung, quasi synonym zu Diplomatie? Wenn man Politik hingegen in Anlehnung an David Easton und insbesondere Ernst-Otto Czempiel als Prozess der autoritativen oder mittels Macht erfolgenden Verteilung und Generierung von Werten durch das jeweilige politische System (und auch durch gesellschaftliche Akteure) betrachtet,²¹ dann ist die Beschreibung des Krieges als Politik mit anderen Mitteln recht zutreffend. Denn warum sollte nicht auch die kriegerische Gewalt zu den Machtmitteln zählen, mit denen bestimmte Werte „verteilt“ werden? Normativ gesehen mag man dies ablehnen. Aber aus einer analytischen Perspektive auf den Krieg (und ich glaube, dass man Clausewitz so lesen sollte) eröffnet gerade dieser Blick auf den Krieg als eine Form der organisierten, politischen Gewalt wichtige Hinweise auf die Wurzeln des Krieges. Denn diese liegen nicht zuletzt in eben jenen, durch Politik zugewiesenen Werten – sei es nun das Beutemachen als oberstes Ziel oder das Streben nach Sicherheit.

20 Dolf Sternberger, *Begriff des Politischen. Der Friede als der Grund und das Merkmal und die Norm des Politischen*, Frankfurt/M. 1961.

21 David Easton, *A Framework for Political Analysis*, Inglewood Cliffs/NJ, 1965; Ernst-Otto Czempiel, *Friedensstrategien. Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga*, Opladen, Wiesbaden 1998, S. 35 ff.

<https://doi.org/10.5771/9783748910909-83>

Generiert durch IP '3.141.19.127', am 24.07.2024, 01:20:52.